

### **Ein neues „Man to the Moon-Projekt“**

Bislang wurden Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik zumeist als Konkurrenten wahrgenommen. Eine „ökologische Industriepolitik“ erscheint ein Lösungsansatz dieser Konflikts darzustellen. Doch ist ein Umbau der Industriegesellschaft möglich? Kann die Industrie effizient wirtschaften und gleichzeitig nachhaltig ausgestaltet sein?

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau und dem polnischen Institut für Öffentliche Angelegenheiten erörterten am ersten April 2011 diese Fragen Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Wirtschaft und Arbeit, Dariusz Szwed, Vorsitzender der polnischen Partei „Grüne 2004“ und Prof. Dr. Elżbieta Mączyńska, Vorsitzende der polnischen Gesellschaft für Ökonomie.



Auf Erfahrungen einer grünen Wirtschaftspolitik während der Regierungszeit von Rotgrün verwies Knut Dethlefsen, der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen: „Wirtschaftswachstum ist nicht für sich selbst da, sondern muss auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verbessern.“

Dr. Jacek Kucharczyk, Leiter des Institut für Öffentliche Angelegenheiten, räumte in seiner Einleitung ein, dass man in Deutschland umweltbewußter als in Polen sei. Auf der polnischen Prioritätsliste stünden bislang keine ökologischen Punkte, sondern weiterhin Wirtschaftswachstum und Anstieg der Gehälter. Doch Ökologie könne auch in Polen ein Schrittmacher der Wirtschaft werden.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Elżbieta Mączyńska wandte sich gegen ein zu einseitiges Wachstumsdenken. Dies herrsche bei den meist neoliberal ausgerichteten Ökonomen in ihrem Land vor, mit denen sie hart ins Gericht ging: Der „Terror des kurzfristigen Profits“ beherrsche Polen, es habe sich eine Wegwerf-Gesellschaft entwickelt, nach amerikanischem Vorbild. Mit Verweis auf den deutschen Soziologen Ulrich Beck forderte sie die Abkehr von „einer Ökonomie, die allein auf Wissen basiert, hin zu einer Ökonomie, die auf Vernunft fußt.“ Um die ökologische Wende in Polen zu schaffen, sei an den dortigen

## Konferenz „Wachstumschance grüne Wirtschaft“

Universitäten ein interdisziplinäres Denken von Nöten, sowie erzieherische Maßnahmen von Kleinauf: „Ökologen muss man schon im Kindergarten formen.“

Hubertus Heil verwies zu Anfang seiner Rede auf Gemeinsamkeiten von SPD und Grünen – beide Parteien gingen davon aus, „dass Realitäten anzuerkennen sind, dass man sich aber nicht mit den Verhältnissen abfinden soll.“ Daraufhin definierte der Wirtschaftsexperte der SPD die Grundrisse einer „nachhaltigen Industriepolitik“ – sie bestehe aus einer Balance aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen, gestützt durch langfristiges Denken.

Die Reflexion über den Begriff war vor allem für die polnischen Zuhörer nützlich, da die Ausdrücke „Nachhaltigkeit“ oder „nachhaltig“ in ihrer Sprache nicht vorkommen. Sie werden oft mit „Ausgewogenheit“ oder „anhaltend“ übersetzt.

Auch der Wortinhalt von „Wachstum“ müsse nach Heil diskutiert werden. Schließlich war auch die ökologische Katastrophe im Golf von Mexico gut fürs Bruttoinlandsprodukt gewesen. Als alleinige Kennziffer für „Wachstum“ taue dieser Wert darum nicht mehr. „Bevölkerungswachstum“, „Mobilität“ und „Energienachfrage“ seien weitere Parameter für das Wachstum.



Heil bekräftigte das Ziel einer SPD-geführten Regierung, aus der Atomkraft auszusteigen, Kohle und Gas müssten durch Kraft-Wärme-Koppelung effizienter genutzt werden, zunehmend müsste man sich auf nachwachsende Rohstoffe umstellen. Verzicht sei jedoch kein Lösungsweg für eine nachhaltige Industriepolitik, sondern ein „Versöhnen von Arbeit und Umwelt.“

Dabei soll der Staat als Impulsgeber helfen. „Wir brauchen ein neues „man to the moon project“ meinte Heil abschließend, ein ähnlich visionäres Vorhaben, wie es John F. Kennedy in seiner Rede 1961 ankündigte, als er versprach, dass noch in diesem Jahrzehnt ein Amerikaner den Mond betreten wird.

Dariusz Szwed sah den Ist-Stand und die Möglichkeiten einer „grünen Wirtschaft“ in Polen nicht so pessimistisch wie seine Vorredner Kucharczyk und Mączyńska. Zum einen wies er auf die polnische Verfassung hin, dort habe die Wirtschaft eine „ausgewogene Entwicklung zu nehmen“. Zum anderen führte der Vorsitzende der polnischen Grünen

## **Konferenz „Wachstumschance grüne Wirtschaft“**

---

ausgerechnet die Danziger Werft als Beispiel für eine gelungene Industriepolitik an; die doch seit Jahren als Beispiel für den Niedergang der polnischen Traditions-Industrie erhalten muss. Doch dort werden nun für den europäischen Markt Windkraftanlagen-Masten hergestellt. Auch das schlesische Kohlrevier müsse in eine ökologische Industrieregion umgewandelt werden.

Dabei gehe es nicht darum, wie Szwed mehrfach unterstrich, den „Kapitalismus grün anzumalen“, sondern um eine neue Industriepolitik: der polnische Grüne glaubt an eine Dezentralisierung des Energiesystems, dass sich aus „zehntausenden Mikroquellen alternativer Energieformen speist“. Energie- und Klimapolitik dürften dann nicht mehr getrennt, sondern nur noch gemeinsam betrieben werden.

Szwed erklärte im Gespräch vor der Veranstaltung, man werde zusammen mit dem sozialdemokratischen SLD im polnischen Sejm eine Debatte zum Thema Atomkraft anstoßen. Der geplante Bau von Atommeilern wird bislang vom Gros der polnischen Parteien wie Medien befürwortet.

Mehr Synergien erhoffen sich die polnischen Grünen darum auch von Deutschland – sollte dort 2013 wieder eine rot-grüne Koalition entstehen.